Nummer 219

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 73. Jahrgang. Freitag, 11. Mai 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis. Praxis des Arbeitsrechts. Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte keine Verantwortung | Flugsport und Luftverkehr. Am Steuer des Kraftwagens. Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Fügler, Kunst und Wissenschaft: Hans Köppen, Lokales und Sport: Herbert Benther, Inseratenteil: Christian Hagen, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 frans. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Chamberlains Antwort an Kellogg.

Der englische Außenminister hat gestern im Unterhause seine mit Spannung erwarteten Mitteilungen über die Stellung der englischen Regierung zu dem Paktvorschlage gemacht. Chamberlain stellte, ebenso wie es der deutsche Außenminister in seiner Note getan hat, fest, daß die bestehenden Verpflichtungen durch neue Verträge nicht berührt oder eingeschränkt werden dürfen. In einer allgemeinen Wendung begrüßte er die Initiative der Vereinigten Staaten und gab, wenn auch in zurückhaltender Form, zu erkennen, daß England nach erfolgreichen Verhandlungen unterzeichnen werde. Zunächst braucht die Londoner Regierung die Zustimmung der Dominions. Es kann als sicher gelten, daß diese Zustimmung nicht ausbleiben und der Weg zu den Verhandlungen mit Washington dann geöffnet sein wird.

Bemerkenswert war Chamberlains Mitteilung, daß er in der Tat eine Juristenkonferenz angeregt gehabt habe, die Anregung aber auf den Widerspruch einer Regierung hin — wohl der Vereinigten Staaten — zurückgezogen habe. Also ist an der Meldung des „Daily Telegraph", die vor einigen Tagen Aufsehen erregte und dann von der englischen Regierung dementiert wurde, doch etwas Wahres gewesen! Der Vorschlag einer Juristenkonferenz war zweifellos von der Tendenz getragen, eine Brücke zwischen dem Vorschlag Kelloggs und dem Vorschlage der französischen Regierung zu schlagen. Offenbar hat Washington abgewinkt in der nicht unberechtigten Befürchtung, daß eine solche Konferenz eine gefährliche Verzögerung der Verhandlungen oder eine Verwässerung des amerikanischen Vorschlages mit sich bringen könnte. Es ist anzunehmen, daß nunmehr, wenn die englische Antwort in Washington vorliegen wird, die Verhandlungen über den Kelloggschen Paktvorschlag Zug um Zug vor sich gehen werden. Dann wird sich herausstellen, bis zu welchem Maße London bemüht sein wird, zwischen Washington und Paris zu vermitteln und den beiderseitigen Wünschen Rechnung zu tragen.

Aegyptenvertrag und Antikriegspakt vor dem Unterhaus.

London, 10. Mai.

Das Unterhaus hatte heute in Erwartung der Erklärungen Chamberlains zum Kellogg-Pakt das Gepräge eines „großen Tages". Unter den anwesenden Diplomaten, die von der Tribüne des Hauses der Debatte folgten, befand sich Botschaftsrat Dr. Diechhoff von der deutschen Botschaft.

Macdonald leitete die Debatte über den Voranschlag des Foreign Office ein, indem er auf die ägyptische Frage und den von Kellogg vorgeschlagenen Friedenspakt zu sprechen kam. Ueber Aegypten bemerkte er, jedermann müsse über die augenblickliche Lage beunruhigt sein. Er erblicke **in dem Vertragsentwurf mit Aegypten kein Element zur Schaffung glücklicher Beziehungen mit Aegypten** und bedauere, daß die Besprechungen so geführt werden, als ob dies die einzig mögliche Grundlage sei. Nach seiner Ansicht können die Mißverständnisse und die Krise nicht durch ein Ultimatum und durch Kriegsschiffe gelöst werden. Die Bemerkung Macdonalds, daß übertriebene Machtentfaltung nicht ein Zeichen der Stärke, sondern ein Zeichen der Schwäche sei, löste Beifall bei der Opposition aus. Macdonald betonte, daß nicht nur an die eigene Befriedigung, sondern auch an die psychologische Wirkung auf die andere Seite gedacht werden müsse. Die Behandlung der letzten Krise hat nach Ansicht Macdonalds England in den Augen Aegyptens erniedrigt statt erhöht.

Auf die Ausführungen Macdonalds erklärte

Chamberlain

unter den bestehenden Umständen würden heute Verhandlungen mit Aegypten zwecklos sein, bis Zeit und Erfahrung ihr Wort gesagt haben. Inzwischen werde alles von der britischen Regierung getan werden, um es möglich zu machen, die englisch-ägyptischen Beziehungen zu führen ohne diese wiederkehrenden Krisen, oder die Zuflucht zu ernsten Warnungen oder zur Entsendung von Schiffen. Lord Lloyd sei vom ägyptischen Premierminister ersucht worden, ihm (Chamberlain) seinen Dank für den versöhnlichen und freundschaftlichen Geist zu übermitteln, der die glückliche Lösung der kürzlichen Krise eingegeben habe. Nahas Pascha habe erklärt, daß beide Regierungen ihre Standpunkte aufrechterhalten hätten, aber seinen nachdrücklichen Wunsch erneuert, in Einklang mit der britischen Regierung zu arbeiten und künftige Reibungsflächen zu vermeiden.

Auf die amerikanische Note Bezug nehmend, erklärte Chamberlain, **die Regierung begrüße nicht nur warm die Initiative der Vereinigten Staaten, sondern habe die Hoffnung, daß sie erfolgreich zu Ende geführt werde und einen wirklichen Beitrag zum Frieden der Welt leisten werde.** Chamberlain fragte: „Ist es nicht ganz natürlich und der Mühe wert, daß wir uns ein wenig Zeit nehmen, um die Beziehung der neu vorgeschlagenen Verpflichtung zu den bestehenden Verpflichtungen zu erwägen" und fuhr fort, der Zweck sei, ein Dokument zu erhalten, das alle unterzeichnen würden, in demselben Geiste, mit demselben Wohlwollen und derselben Entschlossenheit, es aufrecht zu erhalten. Seiner Ansicht nach sei keine Zeit vergeudet worden. Kelloggs Rede habe gezeigt, daß es nicht der Wunsch der amerikanischen Regierung sei, die Verpflichtungen derjenigen zu beeinträchtigen, die bereits die Grundlagen des Friedens und der Versöhnung in Europa gelegt haben, und daß es vollkommen möglich sei, die bestehenden Verpflichtungen mit der neuen Erklärung, zu der Kellogg eingeladen hat, in Einklang zu bringen. Chamberlain führt fort, die augenblickliche Lage der Angelegenheit sei, daß die Regierung in England ihre Prüfung des Vorschlages beendet habe. Ihre

Bemerkungen und Anregungen für die Antwort an die Vereinigten Staaten befänden sich bereits auf dem Wege nach den Dominions.

In Anbetracht der Zahl der Mächte, an die der amerikanische Vorschlag gerichtet worden sei, und der Schwierigkeit, durch Korrespondenz diese Mächte beizuhilfen und leicht in einem Abkommen zu vereinigen, habe es ihm geschienen, daß ein anderes Verfahren vielleicht rascher zu dem Ziele, das sie alle wünschten, geführt haben würde. Entsprechend dem Verfahren, das erfolgreich vor Locarno angewendet worden sei, habe er vorschlagsweise angeregt, daß der Weg geglättet und etwaige Differenzen, auf ein Mindestmaß beschränkt werden könnten, wenn eine Zusammenkunft der Juristen stattfände, bei der sie Ansichten und Argumente austauschen könnten. Aber sobald er erfahren habe, daß der Vorschlag sich einer der in Betracht kommenden Regierungen nicht empfehle, habe er ihn zurückgezogen. Chamberlain erklärte: „Wir werden daher die Verhandlungen durch die gewohnten diplomatischen Kanäle fortsetzen. Sobald die Antwort der Dominions bei der britischen Regierung eingegangen sein wird, hofft sie, die britische Antwort der Regierung der Vereinigten Staaten zu übergeben. Ich brauche nach meinen einführenden Worten kaum zu sagen, daß unsere Antwort dahingehend sein wird, daß es

unser Wunsch ist, an dem Abschluß eines solchen Paktes, wie er vorgeschlagen wird, mitzuwirken

und und mit den interessierten Regierungen an den Verhandlungen zu beteiligen, dazu diesem Zweck erforderlich sind."

Im weiteren Verlaufe seiner Rede betonte Chamberlain, daß England den Krieg niemals als ein Werkzeug der Politik betrachtet habe. Es hat Länder in der Vergangenheit gegeben, die vorsätzlich für den Krieg zu einem ihnen passenden Augenblick wirkten, um ein Problem zu ihren Gunsten zu lösen — eine günstige Lösung, die zu erreichen, sie kein anderes Mittel sahen. Es hat Regierungen gegeben, welche einen sogenannten Präventivkrieg geführt haben. Keine britische Regierung könnte eine Aktion dieser Art unternehmen und Krieg ist niemals ein Werkzeug der britischen Politik gewesen. Als hiergegen verschiedene Unterhausmitglieder „niemals" riefen, fragte das Arbeitermitglied **Kenworthy:**

„Und wie war es mit dem südafrikanischen Krieg?",

worauf **Chamberlain** ihm vorhielt, daß England nicht den Krieg erklärt habe. Nachdem Chamberlain hervorgehoben habe, daß England die Dominionregierungen in der Frage des amerikanischen Vorschlags zu Rate ziehen müßte, bemerkte er: In einer Frage dieser Art muß die Politik des ganzen Reiches einheitlich sein. Wir wollen, daß sie alle die Verpflichtung unterzeichnen. Wir haben wie andere Nationen, wir haben wie Deutschland, das bereits geantwortet hat, bereits gewisse Verpflichtungen übernommen. Chamberlain bat das Haus, keine Wendungen zu gebrauchen, die Zweifel auf die Ehre der britischen Unterschrift werfe und fuhr fort: Wir wissen, was wir empfanden, als die gegenseitige Doktrin von Staatsmännern eines anderen Landes gepredigt wurde.

Als Chamberlain seine Erklärung beendigt hatte, fragte **Kenworthy**, ob England jetzt vollkommen frei sei, vorausgesetzt, daß die Dominions zustimmen, direkt zu verhandeln und den Vertrag zu unterzeichnen, und nicht in irgendeiner Weise gezwungen sei, beispielsweise mit Frankreich, zu beraten. Hierauf erwiderte **Chamberlain:** Nein, wir sind natürlich nicht gezwungen, mit irgendeiner anderen Regierung zu beraten, es sei denn, daß wir der Ansicht sind, daß es wünschenswert ist, dies zu tun. Aber der Zweck der amerikanischen Regierung war nicht nur, unsere Unterschrift zu erhalten; ihr Zweck war sogar in erster Linie,

die Unterschrift von sechs Regierungen zu erhalten,

und wenn wir irgend etwas dazu beitragen können, Einstimmigkeit unter diesen Regierungen herbeizuführen, so werden wir gern bereit sein, es zu tun. — **Macdonald** fragte, ob Chamberlain irgend eine Ahnung habe, wann er in der Lage sein werde, die Note nach Amerika nach der Beratung mit den Dominions zu übermitteln. Werden es Tage oder Wochen dauern? **Chamberlain** erwiderte: Ich hoffe, sobald die Dominions der Antwort zustimmen. Weitere Zeit ist zur Erwägung nicht erforderlich.

Nach der Rede Chamberlains ergriff

Lloyd George

das Wort. Er sprach sich nachdrücklich für die Regierungspolitik gegenüber Aegypten aus, deren Richtigkeit er u. a. damit begründete, daß Aegypten heute eine türkische Provinz unter deutscher Kontrolle wäre, wenn nicht britische Truppen im Krieg die Verbindungslinie für die Truppen aus Indien, Australien und Neuseeland offen gehalten hätten. Freiheit müsse erungen werden. Die Aegypter seien heute noch nicht Meister in der Kunst der Selbstregierung. Er hoffe, daß die Schwierigkeiten mit Aegypten nunmehr abgeschlossen seien. Lloyd George ging dann auf die Vorschläge Kelloggs ein, die er im Namen der liberalen Partei vorbehaltlos begrüßte. Staatssekretär Kellogg habe jeden Zweifel beseitigt, daß die Annahme seiner Vorschläge durch Großbritannien eine Beeinträchtigung der Verpflichtungen aus dem Locarnopakt oder dem Völkerbundstatut zur Folge hätte. Die Annahme der Kelloggschen Vorschläge wäre von großem moralischem und erzieherischem Wert. Ein weiterer Vorteil liege darin, daß die Vorschläge gerade von Amerika kämen, denn man dürfe ganz offen sagen, daß Amerika das einzige Land in der Welt sei, das seine Armee und Flotte gegenüber der Vorkriegszeit vergrößert hat. Wenn dieses Land jetzt die Ausschaltung des Krieges mit allen Mitteln vorschlage, dann sollte Großbritannien ein solches Angebot schnellstens annehmen.

Die Auslegung des Dawesplanes.

Replik des deutschen Vertreters vor dem Haager Schiedsgericht.

Haag, 10. Mai.

Bei den heute fortgesetzten öffentlichen Verhandlungen des Haager Schiedsgerichts für die Auslegung der Bestimmungen des Dawes-Planes bestritt der Vertreter der deutschen Regierung, Professor **Kaufmann**, in einer ausführlichen, die Vor- und Nachmittagssitzung völlig in Anspruch nehmenden Replik die gestrigen Darlegungen des Vertreters der Reparationskommission. Er führte hierbei in der Hauptsache aus, daß das in den alliierten Ländern liquidierte deutsche Privateigentum entsprechend der von der Reparationskommission verfündeten These nicht bereits vor dem 1. September 1924 für die Deutschen verloren gegangen sei. Die hier in Frage stehenden Güterrechte und Interessen hätten auch nach dem Inkrafttreten des Dawesplanes ihren wirtschaftlichen Wert für die deutschen Eigentümer behalten. Schon die Tatsache, daß ein Objekt vorhanden gewesen sei, das liquidiert oder freigegeben werden könnte, beweise, daß ein solcher wirtschaftlicher Wert wirklich bestanden habe, was auch aus den betreffenden Börsennotierungen hervorgegangen sei. Uebrigens müsse betont werden, daß auch

die Alliierten auf Grund des Versailler Vertrages kein vollständiges Verfügungsrecht über die liquidierten Erlöse erhielten,

sondern daß sie diese Erlöse allein zur Bestreitung der aus dem Weltkriege entstandenen alliierten Forderungen hätten benützen dürfen. Weiterhin dürfe man nicht aus dem Auge verlieren, daß Deutschland vom 1. September 1928 ab fortlaufende Jahreszahlungen in Höhe von 2½ Milliarden Goldmark werde zahlen müssen, welche Summe die **schwerste finanzielle Verpflichtung darstelle, die jemals in der Weltgeschichte einem Land als Kriegsentschädigung auferlegt worden sei.** Aber dieser Betrag würde dann auch das Maximum der deutschen Verpflichtungen darstellen. Die Sachverständigen, die den Dawes-Plan aufgestellt hätten, hätten niemals daran gedacht, den Alliierten neben den Dawes-Annuitäten noch andere Werte zufallen zu lassen. An keiner Stelle des Sachverständigenplanes komme eine Bestimmung vor, auf Grund deren die Alliierten mehr als die Jahreszahlungen verlangen könnten. Wenn daher noch andere Beträge für Reparationszwecke zur Verfügung ständen, wie dies beispielsweise bei den Zahlungen der Dawesmächte Regierung an die Reparationskommission der Fall sei, so sei schon aus Billigkeitserwägungen notwendig, daß solche Beträge dem schwer belasteten deutschen Schuldner zugute kommen.

Die Sitzung wurde am späten Nachmittag auf Freitag vertagt.

Bilder vom Wahlkampf

II.

In Mitteldeutschland.

Von unserem thüringischen Korrespondenten.

fw **Weimar**, 9. Mai.

Der Wahlkampf hat im einst roten Herzen Deutschlands, da wo die Gegensätze immer besonders heftig aufeinanderprallten, nicht mit der Schärfe eingesetzt, wie das von vielen Stellen erwartet wurde. Der Traum vom roten Mitteldeutschland ist von der Linken aber noch nicht ausgeträumt, und es ist naturgemäß, daß die sozialdemokratische Partei des Landes Thüringen alles von der skrupellosen Oppositionsstellung erhofft, die sie seit der Zeit eingenommen hat, in der Anfang des Jahres 1924 die kommunistisch-sozialdemokratische Regierung Thüringens von der Empörung des Bürgertums hinweggefegt wurde. Der Wahlkampf der Linken hat seit dieser Zeit nicht einen Augenblick nachgelassen und ist einer Steigerung desgleichen kaum noch fähig. Man hat sich an ihn gewöhnt. Politisch ist nun die thüringische Sozialdemokratie in Mitteldeutschland schon deshalb führend, weil sie in Preußen nicht den bequemen Oppositionshammer schwingen kann, sondern in Thüringen zum Hause heraus immer auch das als empörend hinstellt, was sie in Preußen selber, und in viel minderwertigerer Art, verübt.

Der Wahlkreis 12 (Thüringen) ist daher für Mitteldeutschland und für das ganze Reich besonders bezeichnend, denn die Sozialdemokratie steht in ihm in doppelter Angriffsstellung, nämlich zum Reich und zu der bürgerlichen Regierung des Landes Thüringen, und in Verteidigungsstellung zur bürgerlichen Opposition in Preußen. Mit den Kommunisten kämpft sie jetzt auf das Erbitterste, während im Landtag von Thüringen die gemeinsame Opposition diese beiden Parteien erneut, was sie aber von gelegentlichen heftigsten Schimpfkanonaden nicht abhält.

Wenn man von den lächerlichen Gruppchen absieht, die jetzt nur auf den Listen eine äußerlich bemerkbare, aber schädigende Rolle spielen, so steht in Thüringen schon seit langer Zeit eine vaterländisch-bürgerliche Gemeinschaft der Linken gegenüber, und man ist im allgemeinen von der Tatsache überzeugt, daß es gemeinsame Belange gibt, die über dem nackten Parteisystem stehen. Das hindert natürlich nicht an freundnachbarlichen Ellbogenstößen, die mit bemerkenswerter Wucht gegen die kitzlichen Stellen geführt werden. Die Schärfen werden jedoch vornehmlich durch den Parteiapparat in den Kampf hineingetragen. Im Gegensatz zu der Taktik der Linken scheidet bei der vaterländischen Front aber die Landespolitik vollkommen aus. Mit dem Zentrum hat man sich in Thüringen nicht viel abzugeben, das ernennt einen ziemlich sicheren Abgeordneten. Auch die Demokraten spielen eine entbehrliche Rolle, wenn man von dem Jünglein an der Wage absieht, das sie — nicht ohne gelegentliches Schielen zu den Sozialdemokraten — im Landtag von Thüringen seit einem Jahre in der Richtung nach der bürgerlichen Seite zu verkörpern. So ist in Thüringen eigentlich alles in festen Händen. Die Versammlungen sind leer, wenn nicht gerade besondere Kanonen herangezogen werden, die dann um ihrer Persönlichkeit, weniger um ihrer Partei willen, mehr beachtet als gehört werden. Die Sozialdemokratie hütet sich, mehr als den gebräuchlichen Radau zu machen, weil sie das Bürgertum, auf dessen Verschlafenheit sie spekuliert, nicht aufwecken will.

Denn die an sich in Thüringen unbedingt vorhandene bürgerliche Mehrheit tritt erst zutage bei einer Wahlbeteiligung von über 82 Prozent. Das hat sich mit mathematischer Sicherheit aus allen Wahlgängen der Nachkriegsjahre ergeben. Bei der Wahlbeteiligung von 89,6 Prozent war die Rechtsmehrheit bei der Landtagswahl des Jahres 1924 eine sehr starke, bei den Reichstagswahlen trat sie bei 83 Prozent Wahlbeteiligung noch eben hervor.

Die Verschiebungen innerhalb des bürgerlichen Lagers werden in Mitteldeutschland vornehmlich durch das verstärkte Auftreten der Wirtschaftspartei vor sich gehen, die den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei Wähler abnehmen wird. Einen Schluß auf ihr Anwachsen kann man aus der Tatsache ziehen, daß sie es bei den Dezemberwahlen 1924 nur auf rund 49 000 Stimmen brachte, während sie im vorigen Jahre bei den Landtagswahlen in Thüringen, also nur in einem Teile des Wahlkreises 12, auf rund 76 000 Stimmen angeschwollen war. Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, deren Wiege in Thüringen steht, bringt in ihrer Heimat keine wesentlichen